

HRI-Konjunkturprognose

Kein Aufschwung in Sicht

Jahrelang war das starke Verarbeitende Gewerbe das Aushängeschild der deutschen Wirtschaft. Nun wird die Industrielastigkeit zum Problem.

von Dennis Huchzermeier, Bernhard Köster und Axel Schrunner

Die deutsche Wirtschaft muss sich auf ein weiteres schwaches Jahr einstellen. Nach 0,4 Prozent Wirtschaftswachstum im zu Ende gehenden Jahr 2019 wird die gesamtwirtschaftliche Leistung in 2020 um 0,9 Prozent wachsen. Was auf den ersten Blick wie eine Verdoppelung wirkt, bedeutet jedoch in Wahrheit eine ähnliche schwache Entwicklung wie noch 2019. Denn das kommende Jahr hat vier Arbeitstage mehr, was für sich genommen etwa 0,4 Prozent Wachstum bedeutet. Für 2021 rechnet das Handelsblatt Research Institute (HRI) mit 1,0 Prozent Wachstum und ist damit deutlich pessimistischer als viele andere Prognostiker.

„Vor allem die deutsche Industrie muss sich auf eine längere Durststrecke einstellen“, sagte HRI-Präsident Bert Rürup bei der Vorstellung der neuen HRI-Konjunkturprognose. Die Industrie sollte sich nicht darauf verlassen, dass in der absehbaren Zukunft ähnlich hohe Wachstumsraten wie in der zurückliegenden Dekade realisiert werden können. „Unternehmensleitungen und Politik wären gut beraten, nicht von einer schnellen Rückkehr zu den Verhältnissen der letzten Jahre auszugehen, wohl aber sollten sie Notfallpläne in den Schubladen zu haben.“

Faktisch befindet sich die deutsche Industrie bereits seit knapp zwei Jahren im Abschwung. Nach revidierten Daten des Statistischen Bundesamts endete der Boom mit dem Jahresstart 2018, zunächst weitgehend unbemerkt, da die Industrie noch prall gefüllte Auftragsbücher hatte. Als im Hitzesommer 2018 erste Anzeichen einer gesamtwirtschaftlichen Schwäche sichtbar wurden, ging man zunächst davon aus, dies wären lediglich die Folgen neuer Abgasstandards für die Autoindustrie und Produktionskürzungen in der Chemieindustrie wegen des Niedrigwassers im Rhein. Heute wissen wir: Dies waren die Vorboten einer hartnäckigen Industrierezession, die sich auf immer mehr Branchen ausgeweitet hat. So erwartet der Maschinenbau für 2020 ein erneutes Produktionsminus von rund zwei Prozent. Die chemische Industrie rechnet für 2020 zwar mit einer leichten Erholung, allerdings brach die Produktion im zu Ende gehenden Jahr um satte 7,5 Prozent ein. Und in der Elektroindustrie rechnen nur 17 Prozent der Unternehmensführungen mit wieder anziehenden Geschäften, während 25 Prozent einen weiteren Rückgang erwarten. Einige der Autokonzerne meldeten zwar für 2019 Absatzrekorde, doch werden immer mehr Autos weder in Deutschland gebaut, noch verkauft. Produktionen und Vertriebsfolge im Ausland sind also für die deutsche Konjunktur so gut wie irrelevant. Außerdem erfordert der politisch gewollte Umstieg auf

Elektromobilität hohe Investitionen dieser traditionellen deutschen Vorzeigebbranche – bei sehr ungewissen Erfolgsaussichten.

Angesichts dieser Entwicklung überrascht es nicht, dass zahlreiche Großunternehmen in den vergangenen Wochen und Monaten massive Stellenstreichungen angekündigt haben. Zwar schlagen diese sich derzeit noch nicht in der Arbeitslosenstatistik nieder, da es durchweg nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Doch einer Ifo-Umfrage zufolge stieg der Anteil der Industrieunternehmen, die Kurzarbeit fahren, im Dezember 2019 auf 8,4 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit 2010. Außerdem erhöhte sich der Anteil der Unternehmen, die damit rechnen, in den kommenden drei Monaten in Kurzarbeit zu gehen, auf 15,3 Prozent. Bereits zuvor hatte die Bundesagentur für Arbeit über einen spürbaren Anstieg der Kurzarbeit berichtet, auch wenn sich diese im November insgesamt noch auf niedrigem Niveau befand. Überdies errechnete das Statistische Bundesamt für Oktober den ersten Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat seit Dezember 2010.

Es spricht also vieles dafür, dass der 2006 begonnene Beschäftigungsaufbau sich nun dem Ende neigt. Zwar suchen viele Mittelständler, Dienstleister und Baubetriebe noch immer händeringend Personal. Weil aber der Stellenabbau in der Industrie weitgehend über Fluktuation und Vorruhestand erreicht wird, dürfte der Fachkräftemangel sich sogar eher noch verschärfen. Denn schon bald werden die ersten Babyboomer-Jahrgänge in den regulären Ruhestand gehen und in den Fabriken, Werkstätten und Büros durch wesentlich schwächer besetzte Jahrgänge ersetzt werden. Wir erwarten daher, dass 2019 der Höhepunkt der Beschäftigung erreicht wurde und die Erwerbstätigkeit – wenn auch nur leicht – im Prognosezeitraum bis 2021 sinken wird.

Die anhaltend schwache Konjunktur, das Auslaufen des Beschäftigungsbooms sowie allenfalls noch moderate Lohnerhöhungen werden auch auf die Stimmung der Verbraucher drücken und die Dynamik des privaten Konsums abschwächen. Ungeachtet dessen bleibt der Konsum mit Zuwachsraten von rund einem Prozent die Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums; denn der Außenhandel und die Investitionen werden als relevante Wachstumstreiber ausfallen.

Für das zu Ende gehende Jahr 2019 hat sich unsere Prognose im Wesentlichen bestätigt, wonach der Außenhandel erneut die Konjunktur bremsen würde, weil die Importe deutlich stärker als die Exporte gewachsen sind. Für das kommende Jahr erwarten wir keine neue Eskalation der Handelskonflikte. Daher dürfte sich der Welthandel langsam stabilisieren. Somit verringert sich 2020 der negative Wachstumsbeitrag des Außenhandels auf 0,1 Prozentpunkte. Im Jahr 2021 wird der Außenhandel dann erstmals seit drei Jahren nicht mehr zur Wachstumsbremse.

Die Entwicklung der Investitionen wird durch den allmählich auslaufenden Boom im Wohnungsbau geprägt sein. Gleichzeitig dürften die Ausrüstungsinvestitionen trotz sehr günstiger Finanzierungsbedingungen keine große Dynamik entwickeln, da es den Unternehmen angesichts der

schwachen Konjunktur an rentablen Investitionsobjekten fehlt. Diese Lücke können die wachsenden öffentlichen Investitionen nicht schließen, obwohl im Prognosezeitraum noch immer genügend Geld in den öffentlichen Kassen sein dürfte. Zwar dürfte der Gesamtstaat im Jahr 2021 erstmals seit 2011 mit einem kleinen Fehlbetrag abschließen. Doch ist dieser nun sichtbar werdende Abbau der Überschüsse ist politisch geplant und gewollt, denn zahlreiche Projekte der Großen Koalition entfalten erst zeitverzögert ihre Budgetwirkung. Zudem wird 2021 der Soli teilweise abgebaut, was allein zu jährlichen Steuerausfällen von rund zehn Milliarden Euro führen wird.

Die von uns prognostizierte rote Null im gesamtstaatlichen Haushalt 2021 stellt für sich genommen kein Problem dar. Nach der in Art. 109 GG verankerten Schuldenbremse darf der Bund sich mit 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt pro Jahr verschulden, was 2021 ein Betrag von etwa zwölf Milliarden Euro entspricht. Der Spielraum wird noch größer, weil nach drei Jahren mit sehr schwachem Wachstum die deutsche Wirtschaft merklich unterausgelastet sein wird, die Produktionslücke negativ ist, die Wirtschaft also hinter ihrer Normalauslastung zurückbleibt. Das Bundeswirtschaftsministerium schätzt für 2021 diese Lücke auf rund neun Milliarden Euro, was dem Bund einen zusätzlichen Defizit-Spielraum von etwa zwei Milliarden Euro ermöglichen würde. Die Bundesländer haben hohe Rücklagengebildet, sodass auch ihnen in den nächsten Jahren die Einhaltung der Schuldenbremse keine Probleme bereiten dürfte.

Gleichwohl dürfte im Bundestagswahlkampf 2021 der finanzielle Spielraum für neue Wahlversprechen deutlich geringer als bei den vergangenen beiden Wahlen ausfallen. Die Zeit der Wahlgeschenke dürfte vorbei sein. Überdies kommen auf die nächste Regierung erhebliche Ausgaben zu, wenn sie die selbstgesteckten Klimaziele bis 2030 erreichen will. Sollen die durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft entstehenden sehr unterschiedlichen Belastungen sozial abfedert werden, so wäre ein großer und vermutlich teurer Umbau des Steuer- und Transfersystems wohl unvermeidlich. Allein durch eine höhere Pendlerpauschale und durch preiswertere Bahntickets lässt sich die soziale Unwucht sicher nicht abfedern.

Überdies gilt es für die nächste Regierung, Wachstumspolitik wieder den Vorrang vor Verteilungspolitik zu geben. Eine Modernisierung der Verkehrswege und der digitalen Infrastruktur, eine Unternehmenssteuerreform, die komplette Abschaffung des Solis und eine Reform der Anrechnungsregeln für aufstockende Arbeitslosengeld-II-Empfänger sind längst überfällig. Hinzu kommt, dass schon bald ein kräftiger Alterungsschub der Gesellschaft einsetzen wird, der den Sozialstaat, die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung auf die Belastungsprobe stellen wird.

Prognose im Überblick

reale Wachstumsraten in Prozent

	2018	2019	2020	2021
BIP	1,5	0,4	0,9	1,0
Privater Konsum	1,3	1,4	1,1	1,0
Staatlicher Konsum	1,4	1,8	1,8	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,7	1,0	1,0
- Ausrüstungsinvestitionen	4,4	0,7	0,0	1,0
- Bauinvestitionen	2,5	3,8	1,8	1,1
Exporte	2,1	1,1	1,4	1,6
Importe	3,6	2,5	1,9	1,9
Arbeitslose in Mio.	2,34	2,27	2,31	2,33
Erwerbstätige in Mio.	44,85	45,25	45,24	45,20
Arbeitslosenquote in Prozent	5,2	5,0	5,1	5,1
Haushaltssaldo in Prozent	1,9	1,2	0,6	-0,1
Inflationsrate in Prozent	1,8	1,4	1,3	1,1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Handelsblatt Research Institute